

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Alexander Bertram (AfD)

vom 13. November 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. November 2025)

zum Thema:

Kasernengelände Berlin-Rahnsdorf

und **Antwort** vom 1. Dezember 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 4. Dezember 2025)

Senatsverwaltung für Finanzen

Herrn Abgeordneten Alexander Bertram (AfD)

über die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/24374

vom 13. November 2025

über Kasernengelände Berlin-Rahnsdorf

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher die für Einbringungsverträge zuständige Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) sowie die STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH um Stellungnahme gebeten. Soweit von dort Informationen übermittelt wurden, sind diese bei der nachfolgenden Beantwortung berücksichtigt.

Vorbemerkung des Abgeordneten:

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick vom 22. September 2025 wurde von der STADT UND LAND Wohnbauten Gesellschaft mbH (im folgenden: Stadt und Land) erklärt, dass sie das Grundstück der ehemaligen Kaserne in Berlin-Rahnsdorf, Hessenwinkel vom Land Berlin zum Zwecke des Wohnungsbaus übertragen bekommen hätte.

1. Wurde das Grundstück der ehemaligen Kaserne in Berlin-Rahnsdorf, Hessenwinkel unentgeltlich an Stadt und Land übertragen?

Zu 1.: Die Übertragung des Grundstücks erfolgte gemäß dem Konzept zur „Bodenpolitischen Strategie und Ergänzung des bestehenden Regelwerks für die Liegenschaftspolitik“ (Rote Nummer 1702) im Wege der Sachwerteinbringung.

2. Wurden in dem Vertrag zur Übertragung des vorgenannten Grundstücks an Stadt und Land neben oder anstelle des Kaufpreises Gegenleistungen vereinbart, die durch Stadt und Land zu erbringen sind? Wenn ja, welche?
3. Erfolgte die Übertragung des Grundstücks unter Auflagen, Bedingungen oder Nebenbestimmungen?
4. Wurde in dem Übertragungsvertrag eine Vorgabe zur Anzahl der zu errichtenden Wohneinheiten gemacht oder wurde eine Mindestanzahl festgelegt?
5. Sofern die vorstehende Frage mit ja beantwortet wurde, wie hoch ist die Vorgabe zur Anzahl der zu errichtenden Wohneinheiten, bzw. der zu errichtenden Mindestanzahl von Wohneinheiten?
6. Sofern Frage 4 mit "ja" beantwortet wurde, trifft der Vertrag Sanktionsmöglichkeiten für den Fall, dass die entsprechende Vorgabe, bzw. Mindestanzahl nicht erreicht wird?
7. Sofern Frage 4 mit "ja" beantwortet wurde, welche Überlegungen lagen der Festlegung der zu errichtenden Wohneinheiten, bzw. der Festlegung der Mindestanzahl von Wohneinheiten zugrunde?

Zu 2. - 7.: Im Hinblick auf die Vertraulichkeit von Grundstücksgeschäften können zu den Vertragskonditionen im Rahmen der Beantwortung von Schriftlichen Anfragen keine konkreten Angaben gemacht werden.

8. Welche grundsätzlichen Überlegungen haben zur Aufnahme der betreffenden Fläche als Wohnbaufläche in den StEP 2030 geführt?

Zu 8.: Der Stadtentwicklungsplan Wohnen 2040 (StEP Wohnen 2040) wurde am 03.09.2024 vom Berliner Senat beschlossen und ersetzt seitdem den StEP Wohnen 2030. Die landeseigene Fläche ist ein zwischen dem Bezirk Treptow-Köpenick und Berliner Senat abgestimmtes Wohnungsbaupotenzial, welches den fachlichen Zielstellungen des StEP Wohnen 2040, insbesondere der Schaffung von Wohnraum, entspricht.

Neben zusätzlichem Wohnraum sind auch Projekte wie der Bau einer Feuerwache, eine Kita und naturnahe Freiräume mit einem Fertigstellungshorizont bis 2040 geplant, um die soziale Infrastruktur in der Umgebung zu stärken.

Berlin, den 01. Dezember 2025

In Vertretung

Wolfgang Schyrocki
Senatsverwaltung für Finanzen